



Suchergebnisse: Elend

20. Januar 1663 – Beginn des Immerwährenden Reichstags in Regensburg

Regensburg * Der Reichstag trifft im Regensburger Rathaus zusammen, um über die durch die Türken heraufbeschworene Gefahr an der Ostgrenze des Reiches zu beraten. Kaiser Leopold I. benötigt Geld für die bevorstehende Verteidigung des Landes. Daneben geht es um den schon länger schwelenden Streit um die Ausarbeitung einer Wahlkapitulation und die Königswahl. Bei den Auseinandersetzungen um die Wahlkapitulation geht es um das Recht, Gesetze zu erlassen und um deren Inhalte. Außerdem soll sich der Reichstag mit den liegengebliebenen Problemen des Dreißigjährigen Krieges befassen. Der Reichstag wird sich bis Februar 1803 nicht mehr auflösen und geht als Immerwährender Reichstag in die Geschichte ein. Regensburg wird damit zum Sitz von etwa 70 Komitialgesandtschaften ausländischer Staaten. Dies auch deshalb, weil seit der Umwandlung des Reichstags in den Immerwährenden Reichstag die Landesfürsten kaum noch selbst teilnehmen, sondern sich durch Gesandte vertreten lassen.

1721 – In München lodert das letzte Hexenfeuer

München * In München lodert das letzte Hexenfeuer. Die Tochter des Hofstallknechts "Dellinger" wird erwürgt, bevor man ihren leblosen Körper dem Feuer übergibt. Der Geschichtsschreiber Andreas Felix Oefele bezeichnet sie als „ein elendes Mädchen, schwach und seiner Sinne nicht mächtig“.

1. August 1796 – München erstmals mit Kriegereignissen konfrontiert

München * Die Bewohner der Residenzstadt München werden erstmals mit den Kriegereignissen konfrontiert. Truppendurchmärsche sind jetzt an der Tagesordnung. Der Hass auf die verbündeten Österreicher übersteigt bei vielen Münchnern die Angst vor den herannahenden Revolutionssoldaten. Die größte Abneigung hegt die Bevölkerung gegen die Condéschen Soldaten, die „in elenden Aufzügen“ durch München ziehen. Es handelt sich dabei um Hilfstruppen französischer Emigranten, zumeist aus dem Adelsstand, die unter dem Kommando des Prinzen Louis-Joseph de Condé stehen und sich nach den Niederlagen der letzten Tage in Auflösung befinden. Sie zeichnen sich durch außerordentliche Disziplinlosigkeit und besonders rücksichtsloses Betragen gegenüber der Zivilbevölkerung aus, das bis hin zu



Misshandlungen und Plünderungen reicht.

8. November 1809 – Andreas Hofer ändert ständig seine Meinung

Tirol * Jakob Sieberer und Josef Daney halten Andreas Hofer die „Ströme zwecklos jetzt noch zu vergießenden Menschenbluts, Städte und Dörfer in Asche“ vor und dass er das Land in Not und Elend, tausende Familien an den Bettelstab und seine treuen Anhänger an den Galgen bringen würde. Wieder ändert Andreas Hofer seine Meinung, denn „unser lieber Herrgott und die Mutter Gottes werd'n wohl all's recht mach'n“. Daney und Sieberer verfassen einen Aufruf, der zur Niederlegung der Waffen aufruft. Andreas Hofer unterzeichnet das Schreiben, das daraufhin in Abschrift im ganzen Land verteilt wird. An der Mühlbacher Klause überfallen Südtiroler Aufständische auf Hofers Aufruf vom 5. November hin französische Truppen. 500 Soldaten kommen dabei ums Leben.

5. April 1815 – Der Vulkan Tambora in Indonesien bricht aus

Indonesien * Am Abend des 5. April 1815 bricht im 12.000 Kilometer entfernten indonesischen Insel Sumbawa der Vulkan Tambora mit einer so apokalyptischen Gewalt aus, dass der ursprünglich 4.000 Meter hohe Vulkan 150 Megatonnen Gestein, Asche und Schwefelverbindungen in die Luft sprengt und nach dem Ausbruch 1.300 Meter niedriger ist. Die Verunreinigung der Atmosphäre führen zu einem Schleier, der den gesamten Erdball umfasst und das Weltklima abkühlen lässt. Der Temperaturrückgang hält bis 1819 an. Eine gigantische Aschewolke zieht über die nördliche Erdhalbkugel und bringt im Frühjahr 1816 mit Hunger und Tod das Elend über Bayern.

März 1816 – Eine Hungersnot bricht aus

Königreich Bayern * Nach dem gewaltigen Ausbruch des Vulkans Tambora zieht eine gigantische Aschewolke über die nördliche Erdhalbkugel und bringt im Frühjahr 1816 mit Hunger und Tod das Elend über Bayern. Die Vorräte waren durch die Truppendurchzüge und Einquartierungen der letzten Jahre erschöpft worden. Das Land war schon von den Napoleonischen Kriegen ausgezehrt. Jetzt prägen Mangel und Not den Alltag. Die Aschewolke lässt kaum noch einen Sonnenstrahl durch. Mitten im August schneit es. Kälte und Frost vernichteten die Ernte. Es war ein europaweites Phänomen, aber Bayern traf es am härtesten.



März 1817 – Flechten, Moos und Baumrinde statt Brot

Königreich Baiern * Die Hungersnot erreicht ihren Höhepunkt. „Statt des mangelnden Brotes aß man Flechten, Moose und Baumrinden, man stach die ersten Graswurzeln im Frühjahr 1817 aus der Erde, um sich Gemüse daraus zu machen oder sammelte Brennnesseln zum gleichen Zweck, man kaufte sich Kleie, [...] um sie zu kochen und Kuchen aus ihr zu backen.“

„Achtzehnhundertunderfrozen“ nennen die Menschen die Zeit dieses unerklärbaren Klimaschocks. Woher sollen sie auch wissen, dass ein Vulkanausbruch auf einer fernen unbekannten Insel ihr Elend ausgelöst hat. Sie vermuten vielmehr eine Strafe Gottes für die Säkularisation und das Verbot kirchlicher Traditionen. Klöster konnten geschleift werden - der Glaube nicht.

September 1860 – Menschenunwürdige Zustände im Nicolai-Spital der Unheilbaren

München-Haidhausen - München-Au * Die Insassen des St.-Nicolai-Spitals der Unheilbaren ziehen in die Räume des aufgelassenen Irrenhauses Giesing an den heutigen Kolumbusplatz um. Waren die Raumverhältnisse und die Unterbringung der Pfründner am Gasteig schon misslich, so gestalten sich die Verhältnisse im neuen Nicolaispital noch ungünstiger und werden sogar als menschenunwürdig bezeichnet, was für diese elendgewohnte Zeit eine starke Aussage bedeutet. Trotzdem ist das Spital siebzehn Jahre in Betrieb.

10. Mai 1871 – Die Provinzen Elsaß und Lothringen fallen an Deutschland

Berlin * Der Frankfurter Friedensschluss kostet Frankreich im Wesentlichen die Provinzen Elsass und Lothringen sowie eine Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Gold-Franc. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 war ein Krieg der modernen Technik und der Massenheere, der zu den Schrecken des ungebändigten totalen Kriegs des 20. Jahrhunderts führen wird. Bismarcks wichtigstes Kriegsziel, die „dauerhafte Beseitigung der Kriegsgefahr an der deutschen Westgrenze“, ist schon beim Friedensschluss bedroht, weshalb zwei grausame Weltkriege mit Millionen Toten folgen werden. Eine betont kriegerische und verherrlichende Geschichtsschreibung verstellt auf beiden Seiten den Blick auf das Kriegselend. „Das erste Preußengrab für Deutschlands Einheit - Der Schwur auf die Fahne führte sie alle zum Heldentod fürs Vaterland - Gott verleihe den Helden droben die Siegespalmen - für Deutschlands Ehre weiht jedes deutsche Frauenherz Gatten, Sohn und Bruder gern dem Heldentod“. Diese Worte werden in ein Denkmal auf dem Gaisberg, nahe Weißenburg, geschlagen.



1912 – Die Thule-Gesellschaft und ihre Wurzeln

München-Graggenau * Die Thule-Gesellschaft hat ihren Ursprung in den vom Mühleningenieur und Publizisten Theodor Fritsch gegründeten Reichshammerbund. Bei der Konstituierung des Reichshammerbundes wird zugleich der Germanenorden aus der Taufe gehoben. Er soll die geheime Kommandozentrale für die gesamte völkische Bewegung werden, ein deutsch-völkischer Generalstab. Nur bis ins dritte Glied reinblütige Deutsche werden in den Orden aufgenommen. Der Orden will die Prinzipien der Alideutschen auf die ganze germanische Rasse ausdehnen und den Zusammenschluss aller Völker germanischen Blutes anbahnen. Besonderer Wert wird auf die Propaganda der Rassenkunde gelegt. Es sollen die Erfahrungen, die man „im Tier- und Pflanzenreiche gemacht hat, auf den Menschen angewandt“ und gezeigt werden, „wie die Grundursache aller Krankheit, allen Elends, in der Rassenvermischung liege“.

1917 – Das „Café Perzl“ bringt immer Neuigkeiten auf den Markt

München-Graggenau * Constantin Pfrang, genannt „Stanzl“, feiert zusammen mit Hans Blädel im „Café Perzl“ am Marienplatz [heute: „Kaufhaus Ludwig Beck am Rathauseck“] große Erfolge. Das „Café Perzl“ bringt immer Neuigkeiten auf den Markt. Von der ersten in München spielenden „Damenkapelle“ bis zu „Schleier- und Charaktertänzerinnen“ - jedoch immer unter Überwachung der Polizei.

23. Oktober 1918 – Die USPD fordert die neue Staatsform der Republik

Berlin * In der Frage der Staatsform erklärt der USPD-Vorsitzende Hugo Haase in der Reichstagssitzung: „Die Kronen rollen auf das Pflaster. [...] Rings um uns werden Republiken sich auf tun, und da soll Deutschland allein [...] noch einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein!“ Schließlich: „Es muss zur Republik kommen! [...] Die Götzendämmerung für das alte System ist hereingebrochen. Schon zeigt sich die Morgenröte einer neuen Zeit. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird aufhören; nur Freie und Gleiche wird es dann geben. Von der Kühnheit und Entschlossenheit der Arbeiter [...] wird es abhängen, ob diese die Menschheit befreiende Umwälzung bald erfolgt, oder ob wir noch schwere Zeiten bis dahin durchzumachen haben. Wir haben Vertrauen zu den Arbeitern, wir sind überzeugt, daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschheit.“



9. November 1918 – Ein Tanzvergnügen am Totensonntag

Konstanz * In den Konstanzer Nachrichten erscheint ein Artikel, in dem es um ein Tanzvergnügen am gerade zurückliegenden Totensonntag in der Industriestadt Singen geht: „Im Nebenzimmer einer hiesigen Wirtschaft wurde am Sonntagabend ein Tanzvergnügen (!) durch die Schutzmannschaft gestört; etwa 40–50 Personen, unter ihnen halbwüchsige Burschen, Mädchen und sogar Kriegerfrauen, deren Männer im Felde stehen, tanzten nach den Weisen einer Ziehharmonika trotz dem Ernste der Zeit, trotz Krieg, Elend, Epidemie und was heute sonst noch die Menschheit heimsucht. Auch der Seelensonntag störte die saubere Gesellschaft nicht.“

15. November 1918 – Thomas Mann empört sich über seinen Bruder Heinrich

München-Bogenhausen * Thomas Mann notiert in sein Tagebuch das Missfallen über seinen Bruder Heinrich, der kurz zuvor zum Vorsitzenden des Politischen Rates geistiger Arbeit gewählt worden war: „Heut im Morgenblatt Kundgebungen zweier verschiedener ‚Räte der geistigen Arbeiter‘, die eine, sehr vorläufig und allgemein gehalten, von einer Gruppe um Brentano, die andere, empörend hochnäsiger, fanatisch-politisch und ketzerrichterisch, von einer Gruppe um Heinrich und - [dem Münchner Journalisten] Friedenthal. Die Publikation regte mich sehr auf [...]. Würdelosigkeit und selbstverräterisches Elend im ganzen Lande.“

15. Februar 1919 – Zeitungs-Aufrufe zur Bildung einer Freiwilligen Volkswehr

München * In den Tageszeitungen erscheinen Aufrufe zur Bildung einer „Freiwilligen Volkswehr“ gegen das „Gespenst der Anarchie“ und das „Elend des Bolschewismus“. Unterzeichnet sind diese Aufrufe von Kasernenräten und Kommandeuren einzelner Truppenteile.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des



drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flügen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...].“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die



Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Dreiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis ausging, dass die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem



Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen könnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

10. März 1919 – Überfüllte Leichenhallen

Berlin * Die Niederschlagung des Berliner Aufstands fordert viele - auch zivile - Todesopfer. Die Zahl der eingelieferten Toten übersteigt die Kapazität der Berliner städtischen Leichenhallen. Seit dem 10. März suchen die Berliner in den Leichenhäusern nach vermissten Angehörigen und Freunden. Der Vorwärts fordert: „Keine Gnade den Mördern“. Unter der Überschrift „Totenschau“ schreibt er: die Getöteten haben genau die Physiognomie jener „Typen, wie man sie in den Reihen des auf Verelendung aufbauenden Spartakusbundes nur zu häufig findet. Noch im Tode steht ihnen Wut, Hass und Verzweiflung auf den Gesichtern geschrieben“.

13. März 1919 – Abscheu und Verachtung für die Regierung

Berlin * Harry Graf Kessel notiert in sein Tagebuch: „Alle geistig und ethisch anständigen Menschen müssen einer so leichtsinnig und frech mit dem Leben ihrer Mitbürger spielenden Regierung den Rücken kehren. Die letzten acht Tage haben durch ihre Schuld, durch ihr leichtfertiges Lügen und Blutvergießen, einen in Jahrzehnten nicht wieder zu heilenden Riss in das deutsche Volk gebracht. Die Stimmung gegen sie heute Abend wechselt zwischen Abscheu und Verachtung.“

7. April 1919 – Die Münchner Rote Fahne bezeichnet die Räterepublik als Kompromiss



München * Die KPD-Zeitung Münchner Rote Fahne bezeichnet die Räterepublik als Kompromiss. Unter dem Titel „Arbeiter! Folgt nur den Parolen der kommunistischen Partei!“ protestiert die Zeitung, dass „durch die Proklamierung einer Scheinräterepublik der Gedanke des Rätesystems verwässert oder erwürgt wird“. Die „Abhängigen“ und die „Unabhängigen“, SPD und USPD, sind nicht befugt und geeignet, „an Stelle des gesamten Proletariats die Räterepublik zu verkünden“. Sie fordert dagegen die Errichtung einer kommunistischen Räterepublik, da nur sie „die Arbeiterschaft aus aller Not und allem Elend befreien kann“.

10. April 1919 – Die Vossische Zeitung zum Verzicht der systemlosen Papiergeldwirtschaft

Berlin - München * Auf Silvio Gesells Vorschlag gegenüber dem Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein, auf die „systemlose Papiergeldwirtschaft“ zu verzichten, titelt die auf die Auflage schielende Vossische Zeitung in Berlin: „Abschaffung des Bargeldes in Bayern“. Darin heißt es: „Gesell, der mit einem Kern gesunder währungspolitischer Kritik utopische Ideen der Lösung aller Fragen durch seine sogenannte absolute Währung verband, wurde in Fachkreisen nicht ganz ernst genommen. Sein Auftauchen in der Münchener Räteregierung rief einiges Lächeln hervor, und das neueste Telegramm dürfte auch kaum den Reichsbankdirektorium Anlass zu sehr schwierigen Beratungen geben.“

5. September 1920 – Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern

München-Au * Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern, in der er die Juden verurteilt, da sie hinter dem Elend Deutschlands stecken. Wenn man erst mal die Macht habe, so sagt Hitler weiter, dann „werde man den Fetzen von einem Friedensvertrag zerreißen“. Der NSDAP-Parteivorsitzende führt aus, dass Deutschland zwar geknebelt und wehrlos ist, sich aber nicht vor einem Krieg gegen Frankreich scheuen darf. Seine Rede beendet er mit dem Schiller-Wort: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, nicht trennen uns in Not und Gefahr“.

August 1936 – Der Valentin-Karlstadt-Film „Die Erbschaft“ wird von der Zensur verboten

Berlin * Der Valentin-Karlstadt-Film „Die Erbschaft“ wird von der NS-Filmzensur wegen „Elendstendenzen“ verboten.



21. September 1936 – Der Valentin-Karlstadt-Kurzfilm „Die Erbschaft“ wird verboten

Berlin • Der Valentin-Karlstadt-Kurzfilm „Die Erbschaft“ wird von der nationalsozialistischen Zensur wegen „Elendstendenzen“ verboten.
